

Einsamer Wunsch nach Überprüfung der Maßnahmen

Die AfD ist auch im Plenum mit ihrem Antrag auf Einsetzung einer Enquete-Kommission zur Evaluierung der bisherigen Corona-Schutzmaßnahmen und Ausarbeitung von Empfehlungen für die weitere Pandemiebekämpfung gescheitert. Es sei „dringend notwendig“, die bisherige Corona-Politik der Staatsregierung kritisch zu hinterfragen und Lösungsvor-



Die AfD fordert, die Corona-Politik der Staatsregierung kritisch untersuchen zu lassen. FOTO: DPA/ KARMANN

schläge für den Herbst und Winter zu erarbeiten, begründete Christoph Maier (AfD) den Vorstoß. Der Bedarf dazu ergebe sich auch aus dem Evaluationsbericht des von der Bundesregierung eingesetzten Expertengremiums. Der Antrag der AfD umfasste rund 300 Einzelfragen, die die aus Abgeordneten und externen Fachleuten besetzte Kommission bis Ende September 2022 hätte beantworten sollen.

Nicht zuletzt wegen dieser kurzen Zeitspanne, in die auch die parlamentarische Sommerpause fällt, lehnten die übrigen Fraktionen das Ansinnen ab. Tobias Reiß

(CSU) erklärte zudem mit Blick auf die Fragestellungen, dass es der AfD erkennbar nicht um den Schutz der Menschen und eine gesamtgesellschaftliche Vorsorgeplanung gehe, sondern nur „um den Blick in den Rückspiegel“. Ruth Waldmann (SPD) ergänzte, der Fragenkatalog der AfD tiefe nur so von unter anderem auf Verschwörungstheorien basierenden Unterstellungen. Insgesamt sei eine Enquete-Kommission zur Lösung akuteller Probleme nicht geeignet, weil sie nichtöffentlich tagende und politische Initiativen erst nach ihrem Abschluss üblich seien. In einer Pandemie behindere dies aber nötige Schutzmaßnahmen.

Grüne: Eine Enquete ist für eine laufende Pandemie das falsche Gremium

Dem folgte Toni Schuberl (Grüne). Eine Enquete eigne sich nicht zur Begleitung einer noch laufenden Pandemie. Zielführender wäre es gewesen, dem Antrag seiner Fraktion aus dem Mai 2020 zu folgen und eine regelmäßig öffentlich tagende Corona-Kommission einzurichten. Diese hätte zu mehr Transparenz und einer Stärkung der Parlamentsrechte geführt.

Alexander Muthmann (FDP) erklärte, die AfD wolle offensichtlich eine „politische Abrechnung mit der Vergangenheit“. Dies sei aber nicht Aufgabe einer Wissenschaftlerkommission, sondern von Parlamentsgremien und Gerichten. Im Namen der Freien Wähler zog Hubert Faltermeier eine positive Bilanz der Corona-Politik der Staatsregierung. Eine Enquete-Kommission zur Bewertung ihrer Arbeit sei nicht notwendig. > JÜRGEN UMLAUFT